CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 14. November 2025 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Sitzungswoche stand im Zeichen klarer Entscheidungen – für mehr Sicherheit, für wirtschaftliche Entlastung und für handlungsfähige Strukturen in unserem Land.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich CDU/CSU und SPD auf die Einführung eines neuen, modernen Wehrdienstes geeinigt. Die sicherheitspolitische Lage macht deutlich: Unsere Bundeswehr muss personell gestärkt werden – aber nicht mit alten Rezepten. Der neue Wehrdienst setzt deshalb auf Freiwilligkeit, Attraktivität und Bedarfsorientierung.

Ab 2026 wird ein klar strukturierter Aufwuchspfad etabliert, ergänzt durch eine verpflichtende Wehrerfassung bei 18-jährigen Männern. Eine Bedarfswehrpflicht kann künftig nur per Bundestagsbeschluss aktiviert werden, ohne Automatismus, aber mit klarer Zielorientierung. Damit leisten wir einen Beitrag zur Wehrhaftigkeit mit Augenmaß und Verantwortung.

In diesem Zusammenhang war es auch ein besonderes Zeichen, dass wir in dieser Woche auf 70 Jahre Bundeswehr zurückblicken konnten. Als Parlamentsarmee schützt sie unser Land und verdient unseren Respekt, unsere politische Unterstützung und eine verlässliche Ausstattung.

Neben der Sicherheitspolitik haben wir weitere wichtige Maßnahmen beschlossen: Mit der Abschaffung der Gasspeicherumlage und der Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft entlasten wir Millionen Haushalte und Betriebe. Ein starkes Signal angesichts steigender Energiepreise.

Zudem ratifizierten wir neue Freihandelsabkommen, stärken die Bahninfrastruktur, verlängern die Mautbefreiung für emissionsfreie Lkw und bringen ein Gesetz gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung auf den Weg. All das zeigt: Unsere Koalition handelt – mit Substanz, nicht Symbolpolitik.

Herzlich,

Ihr Markus Koob

Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Einigung beim Wehrdienst: Klare Regeln statt alte Muster**
- **70 Jahre Bundeswehr – Verantwortung, die bleibt**
- **Mehr Luft bei den Energiekosten**
- **Im Gespräch mit dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate**

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Einigung beim Wehrdienst: Klare Regeln statt alte Muster.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich CDU/CSU und SPD auf ein neues Wehrdienstmodell verständigt, das auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit reagiert – ohne dabei zur allgemeinen Wehrpflicht zurückzukehren. Das Konzept sieht vor, dass sich jährlich alle Männer im Alter von 18 Jahren registrieren und eine sogenannte Wehrerfassung durchlaufen. Frauen können sich freiwillig melden. Auf Grundlage dieser Daten wird geprüft, wer für den Dienst in der Bundeswehr in Frage kommt – mit dem Ziel, rund 15.000 zusätzliche Freiwillige pro Jahr zu gewinnen.

Wer nach Beratung und Musterung für wehrdiensttauglich befunden wird, kann sich freiwillig verpflichten. Reicht diese Zahl nicht aus, kann der Bundestag durch einen ausdrücklichen Beschluss eine verpflichtende Einberufung vornehmen – es gibt also keinen automatischen Mechanismus, sondern einen klaren Parlamentsvorbehalt. Das Modell soll ab dem Jahr 2026 umgesetzt werden und bietet eine abgestufte, flexible und verfassungskonforme Antwort auf die neuen sicherheitspolitischen Realitäten.

Standpunkt: *Die Einigung ist ein Wendepunkt in der sicherheitspolitischen Debatte – und ein verantwortungsvoller Weg zwischen Pflicht und Freiwilligkeit.*

Als CDU/CSU-Fraktion haben wir uns dafür eingesetzt, dass Wehrfähigkeit nicht nur ein theoretischer Anspruch bleibt, sondern auch personell unterlegt wird. Zugleich war uns wichtig, dass junge Menschen nicht pauschal verpflichtet, sondern gezielt angesprochen, beraten und überzeugt werden. Wehrdienst muss attraktiv sein, keine Pflichtübung – aber er darf auch nicht aus Prinzip ausgeschlossen werden, wenn unser Land ihn braucht.

Mit der jetzt gefundenen Lösung stärken wir die Bundeswehr, ohne die Gesellschaft zu überfordern. Wir bauen keine Zwangsstruktur auf, sondern schaffen ein kluges System mit klarer Struktur, das auf den Ernstfall vorbereitet ist. Das ist sicherheitspolitischer Realismus – mit Augenmaß und demokratischer Kontrolle. •

70 Jahre Bundeswehr – Verantwortung, die bleibt.

Vor 70 Jahren, am 12. November 1955, wurde die Bundeswehr gegründet – als Parlamentsarmee, eingebettet in die NATO, kontrolliert durch den Deutschen Bundestag und getragen vom Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“. Dieses Jubiläum ist weit mehr als ein historischer Moment: Es erinnert an den Auftrag unserer Streitkräfte, Deutschlands Sicherheit zu gewährleisten, internationale Verantwortung zu übernehmen und zugleich fest im demokratischen Wertefundament unseres Landes verankert zu sein.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

In diesen sieben Jahrzehnten hat die Bundeswehr sich immer wieder neu angepasst – vom Kalten Krieg über internationale Stabilisierungsmissionen bis hin zur heutigen Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt ist. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart zeigen deutlicher denn je, wie zentral eine einsatzbereite, moderne und gut ausgestattete Bundeswehr für unseren Frieden und unsere Freiheit ist.

Das Jubiläum wurde bundesweit mit zahlreichen Veranstaltungen, Gelöbnissen und Dialogformaten begangen – stets mit dem Blick darauf, wie wichtig die soldatischen Leistungen im In- und Ausland für unser Land sind. Nicht zuletzt ist es ein Moment der Wertschätzung für die Frauen und Männer, die dienen – im täglichen Auftrag, in Übungen, im Auslandseinsatz und oft unter hohem persönlichem Einsatz.

Standpunkt: *70 Jahre Bundeswehr bedeuten 70 Jahre Schutz, Verantwortung und Verlässlichkeit. Als Parlamentarier ist es unser Auftrag, dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr nicht nur Symbol, sondern tatsächlich Schutzmacht bleibt. Das verlangt politische Klarheit, verlässliche Finanzierung und die Bereitschaft, die sicherheitspolitische Realität ernst zu nehmen.*

Für die CDU/CSU-Fraktion ist klar: Eine starke Bundeswehr ist unverzichtbar – nicht als Ausdruck militärischer Stärke, sondern als Garant für Frieden, Freiheit und die Verteidigungsfähigkeit unserer Demokratie. Das 70-jährige Jubiläum erinnert uns daran, dass Sicherheit kein Selbstläufer ist. Sie braucht Menschen, die bereit sind zu dienen, und Politikerinnen und Politiker, die bereit sind, die richtigen Entscheidungen zu treffen. •

Mehr Luft bei den Energiekosten.

Die steigenden Energiepreise belasten Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Handwerksbetriebe, Mittelstand und Industrie. Gerade im internationalen Wettbewerb ist Energie ein entscheidender Standortfaktor. In dieser Sitzungswoche haben wir konkrete Entlastung auf den Weg gebracht – schnell, gezielt und dauerhaft.

Zum 1. Januar 2026 wird die Gasspeicherumlage vollständig abgeschafft. Sie war in der Energiekrise eingeführt worden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Jetzt ist sie nicht mehr notwendig – und wird konsequent zurückgenommen. Das bedeutet: Verbraucherinnen und Verbraucher werden bei den Gaspreisen entlastet – spürbar und dauerhaft.

Gleichzeitig senken wir die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft deutlich – und führen den Zuschuss zu den Netzentgelten fort. Damit sinkt die Abgabenlast auf Strom, gerade für jene, die auf stabile Energiekosten angewiesen sind, um wettbewerbsfähig zu bleiben oder regionale Versorgung zu sichern.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Diese Maßnahmen sind eingebettet in eine Gesamtstrategie, die auf Versorgungssicherheit, Wirtschaftskraft und soziale Balance setzt. Der Staat muss da entlasten, wo Energie nicht Luxus, sondern Existenzgrundlage ist.

Standpunkt: *Mit der Entlastung bei Energiepreisen setzen wir ein klares Signal: Wir lassen diejenigen nicht allein, die auf bezahlbare Energie angewiesen sind – ob zu Hause, im Handwerk oder in der Industrie. Gerade für den Mittelstand und das produzierende Gewerbe ist Planungssicherheit bei den Energiekosten entscheidend.*

Für die CDU/CSU-Fraktion ist klar: Energiepolitik muss wirtschaftlich vernünftig, ökologisch verantwortbar und sozial tragfähig sein. Dazu gehört auch, dass wir unnötige Umlagen beenden, Abgaben senken und Bürokratie abbauen. Energie darf kein Wettbewerbsnachteil sein – sie muss in Deutschland bezahlbar und verlässlich bleiben.. •

Freihandel stärken – Partnerschaften festigen.

In dieser Sitzungswoche hat der Bundestag der Ratifizierung dreier Freihandelsabkommen mit wichtigen Partnerstaaten zugestimmt: Singapur, Vietnam und Chile. Diese Abkommen wurden bereits auf europäischer Ebene abgeschlossen, konnten jedoch erst nach Zustimmung aller nationalen Parlamente vollständig in Kraft treten.

Mit der Ratifizierung durch Deutschland wird ein wichtiges Signal für offene Märkte, faire Handelsbedingungen und strategische Partnerschaften gesetzt.

Die Abkommen bieten deutschen Unternehmen bessere Marktzugänge, schützen Investitionen und stärken Regeln zu Umwelt-, Sozial- und Verbraucherstandards. Gerade im globalen Wettbewerb mit autoritären Systemen ist regelbasierter Handel ein geostrategisches Instrument – für Resilienz, Diversifizierung und wirtschaftliche Sicherheit.

Zugleich setzen wir ein Zeichen gegen Abschottung und Protektionismus. Für ein exportorientiertes Land wie Deutschland sind verlässliche Partnerschaften auf Augenhöhe zentral – nicht nur für große Konzerne, sondern auch für den Mittelstand, der vielfach im internationalen Geschäft tätig ist.

Standpunkt: *Als CDU/CSU-Fraktion stehen wir klar für offene Märkte, regelbasierten Handel und multilaterale Partnerschaften. Die Zustimmung zu den Abkommen mit Singapur, Vietnam und Chile zeigt: Deutschland bleibt ein verlässlicher Partner in einer zunehmend fragmentierten Weltwirtschaft.*

Gerade in Zeiten geopolitischer Spannungen und wachsender Abhängigkeiten brauchen wir kluge Handelsbeziehungen, die Diversifizierung ermöglichen und europäischen Standards weltweit Gewicht verleihen. Freihandel ist nicht naiv – sondern notwendig, wenn wir Wohlstand, Stabilität und Einfluss erhalten wollen.

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Wir stehen für ein Deutschland, das exportiert, vernetzt und Verantwortung übernimmt – auch im Interesse unserer Partner und unserer eigenen wirtschaftlichen Zukunft. •

Im Gespräch mit dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate.

Am Rande der Sitzungswoche hatte ich die Gelegenheit zu einem intensiven außenpolitischen Austausch mit Herrn Ahmad Alattar, dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Berlin. Die VAE sind nicht nur wirtschaftlich ein bedeutender Partner Deutschlands, sondern zunehmend auch ein geopolitischer Akteur mit wachsendem Einfluss – insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die aktuellen Entwicklungen im Sudan, wo die Vereinigten Arabischen Emirate mit diplomatischen und humanitären Mitteln versuchen, eine Deeskalation des Bürgerkriegs zu unterstützen. Das Land engagiert sich dabei im Rahmen multilateraler Bemühungen und zeigt, wie regionale Kräfte Stabilisierung fördern können – wenn internationale Verantwortung ernst genommen wird.

Auch der fragile Friedensprozess im Nahen Osten war Thema. Die Rolle der Emirate beim Trump-Waffenstillstandsplan sowie die Normalisierungsschritte im Rahmen der Abraham-Abkommen machen deutlich: Die Emirate setzen auf strategischen Dialog und pragmatische Partnerschaften – mit Israel, mit der palästinensischen Seite und mit den USA. In einer Zeit, in der sich die Fronten erneut verhärten, sind solche Vermittlungsbemühungen von besonderem Wert.

Gerade im Kontext meines außenpolitischen Engagements und meiner Arbeit als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Fraktion sehe ich in den VAE einen wichtigen Gesprächspartner – mit wirtschaftlicher Stärke, regionalem Einfluss und politischem Gestaltungswillen. Ich danke Botschafter Alattar für den offenen Austausch und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit im Geist gegenseitigen Respekts und strategischer Partnerschaft. •

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Die gute Nachricht der Woche

Europa beschließt Bürokratieabbau für unsere Landwirte.

Die EU hat mit einem neuen Reformpaket beschlossen, den bürokratischen Aufwand für landwirtschaftliche Betriebe deutlich zu reduzieren. Laut der Kommission könnten damit jährlich bis zu 1,6 Milliarden Euro eingespart werden – mehr Zeit, weniger Dokumentation und mehr Geld für die Bewirtschaftung im Stall oder auf dem Feld.

Auch in Deutschland begrüßen viele Landwirtinnen und Landwirte diese Entwicklung. Die Entlastung kommt zum richtigen Zeitpunkt: Betriebskosten steigen, Märkte sind herausfordernd – da zählt jeder Euro und jede Stunde weniger Papierkram.

Damit zeigt die Politik: Wir nehmen die Anliegen der Landwirtschaft ernst. Weniger Bürokratie heißt nicht weniger Kontrolle, sondern effizientere Unterstützung – für Bauern, die täglich dafür sorgen, dass unser Land ernährt wird. •

V.i.S.d.P.: Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549
markus.koob@bundestag.de • www.markus-koob.de • Quellen, Informationen, Texte: CDU-/CSU-Bundestagsfraktion